DONNERSTAG, 28. MÄRZ 2013 NR. 13 55. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Steuer-erklärungen

Schnell und zuverlässig.
Kosten nach Offerte.

Durch erfahrenen
Steuerkommissär.

Urs Moser
Zürich
Telefon 079 352 92 16

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Gott allein macht wieder gut

Ist aber Christus nicht auferweckt worden, dann ist euer Glaube nichtig, dann seid ihr noch in euren Sünden. 1. Korinther 15,17

Ostern – der Name leitet sich von einer Frühlingsgöttin her, an der unsere Vorfahren ihre Freude hatten. Und wie der Name lebt auch der Inhalt des früheren Osterfestes in unseren Köpfen und Bräuchen weiter. Mit dem Frühling verbinden sich heitere Erinnerungen. Für Paulus jedoch ist Ostern viel mehr. «Ist Christus nicht auferweckt, so ist euer Glaube nichtig.»

Alles liegt am Wort «auferweckt». Was meint die Auferweckung und was kann sie uns bedeuten? In unseren Osterbräuchen stehen die Ereignisse der Natur im Vordergrund. Dahinter ahnen wir den Urkampf zwischen Licht und Finsternis, aus welchem das Licht den Sieg davonträgt. Aus dem düsteren Winter wird heller Frühling. Deshalb feierten die Römer kurz nach der Wintersonnenwende das Fest der unbesiegten Sonne. Alles Dunkel muss hell werden, das ist ein Naturgesetz. Das Dunkel ist eigentlich gar nichts, es ist bloss die Abwesenheit von Licht. Ein Lichtstrahl vermag die Dunkelheit zu brechen.

Solche Gedanken sind Urgut der Menschheit. Die kirchlichen Feste haben sich ja nicht zufällig an bestimmten Jahreszeiten angesiedelt, und der Frühling passt zur Auferstehung. Die germanische Göttin Ostara hat zudem einen Namen, der mit der Himmelsrichtung der aufgehenden Sonne zusammenhängt. Nach Osten sind auch unsere Kirchen ausgerichtet. Es wäre jedoch schade, wenn sich unser Osterglaube auf dieses Urgut beschränkte. Denn das Osterfest ist nicht bloss der Kampf des Lichts gegen die Finsternis. Es ist der Kampf von Gottes Liebe gegen die Verirrungen der Menschen.

Diesen Kampf schien Gott am Karfreitag verloren zu haben. Da zieht tatsächlich ein friedfertiger Mensch durch Palästina, heilt Kranke und Verrückte, setzt sich mit Bankiers und Prostituierten an den Tisch und verkündet sich selber als die leibhaftige Gottesbotschaft. Nun könnte es zwar sein, dass er selber verrückt ist. Aber alles deutet darauf hin, dass dieser Jesus Gott kennt wie kein zweiter. Und selbst wenn er verrückt wäre, so wäre das kein Grund, ihn zu töten. Die Kreuzigung ist eine Machtprobe zwischen den Menschen und Gott. Und Gott verzichtet auf Gewalt.

Bei dieser Auseinandersetzung stehen die religiösen Würdenträger zuvorderst. Die Pharisäer und Schriftgelehrten werfen Jesus vor, er habe Gott gelästert. Um Jesus bei den Römern zu verklagen, genügte das nicht. Pontius Pilatus findet keine Schuld an ihm. Trotzdem gibt er dem Geschrei des Volkes nach. Er fragt nicht nach der Wahrheit, sondern nach seinem persönlichen Nutzen. Sein Massstab ist die Macht und gebietet ihm, Jesus kreuzigen zu lassen – gegen sein Gewissen und gegen den Rat seiner Frau.

Pontius Pilatus ist ein Spiegel menschlicher Handlungsweise. Wie oft wird doch der persönliche Nutzen über die Sache und über die Wahrheit gestellt! Juden und Römer, sonst keineswegs einträchtig, gingen gemeinsam gegen Jesus vor. Der Karfreitag dokumentiert diese Verirrung mit dem gewaltsamen Tod Jesu. Stünde der Karfreitag am Schluss des Evangeliums, so hätte die Verderbnis das letzte Wort. Die Welt triebe gottverlassen vor sich hin.

Reden wir von Juden, so sind damit notabene nicht die Juden gemeint, die uns heute begegnen. Die Juden im Neuen Testament sind nicht einfach Juden, so wenig wie die Römer bloss Römer sind. Das ergäbe keinen Sinn. Die Juden stehen für die selbstgerechten Frommen, die Gott dauernd im Munde führen, aber denen ihre eigene Frömmigkeit wichtiger ist als Gott. Und die Römer stehen für die Politik, der die Macht wichtiger ist als die Wahrhaftigkeit.

Solche Niederlagen des Menschlichen – wie am Karfreitag – kommen vor. Der Nationalsozialismus, der Sowjetkommunismus mitsamt seinen kambodschanischen oder vietnamesischen Varianten, die Ausrottung der Indianer Brasiliens, nicht vor 500 Jahren, sondern heute. Menschenverachtung und Gottferne, dass einem übel wird. Auch harmlose Fälle unter braven Menschen gibts reichlich. Da hinein soll nun die Osterbotschaft leuchten und die Finsternis durchbrechen. Wie ist das möglich?

Die äusseren Umstände der Auferstehung werfen Fragen auf. Wichtiger ist, was uns damit gesagt wird. Gott lässt die Gottlosigkeit der Welt offensichtlich nicht einfach auf sich beruhen. Stellen wir uns vor, wie es denjenigen, welche die Hinrichtung Jesu durchboxten, nachher ergangen sein mag. Das waren ja keine Monster, sondern Menschen von Fleisch und Blut und Seele. Die hatten Gewissensbisse. Von Judas wird das ausdrücklich berichtet: Er warf das Schmiergeld in den Tempel und hängte sich auf. Auch ein Hauptmann sagte nach dem Tod Jesu: Dieser war in Wahrheit Gottes Sohn. Gewissensbisse. Und wie das so geht bei Gewissensbissen, da stellen sich Phantasien ein, ob das Übel wieder gutzumachen wäre.

Wieder gut machen: Habe ich jemanden beleidigt, so kann ich ihn um Entschuldigung bitten. Habe ich jemanden materiell geschädigt, so kann ich Schadenersatz leisten. Habe ich aber jemanden getötet, so kann ich ihm das Leben nicht zurück geben. Es war ein Unsinn, die Zahlungen Westdeutschlands an Israel Wiedergutmachung zu nennen. Aber mehr als das konnte man nicht tun. Die Toten blieben tot. Westdeutschland, seit der Wende ganz Deutschland, lebte und lebt in einem Klima der Reue, und das hat den Zugang zur eigenen Identität und die Bewältigung der Schuld ermöglicht. Solche Beispiele zeigen, wie eng die Grenzen gesetzt sind, wenn es darum geht, Unrecht an Leib und Leben wiedergutzumachen. Es wird eben nicht mehr gut.

Die Auferstehung Jesu leistet genau das, was wir nicht vermögen: Wiedergutmachung. Der unrechtmässig Hingerichtete lebt. Der Schaden ist behoben. Die Schuld seiner Feinde ist beseitigt. Der Opportunismus des Pontius Pilatus verliert seine Sprengkraft, und die Schärfe der Fanatiker wird stumpf. Diese Wirkung schreitet fort durch die Amtsstuben der Politiker und die Versammlungslokale der Religionen. Sie schreitet weiter durch unsere Seele und unser Willenszentrum, durch die Hinterstuben und Doppelböden unseres Wesens. Gemeinheiten und Stümpereien gibt es zwar weiterhin, aber sie behalten nicht das letzte Wort, so wenig wie der Karfreitag. Sie werden vom österlichen Licht bestrahlt, wie Krankheitserreger vom Ultraviolett, und dadurch unschädlich gemacht.

Wiedergutmachung – die Sprache des Alten Testaments hat dafür ein bekanntes Wort. Es heisst «schalam». Davon stammt «Schalom», Friede, in Israel zum Gruss geworden. Der Schalom zielt auf die Wiedergutmachung, die nur Gott leisten kann. Auch wenn viele beleidigte und geschädigte Menschen ohne Wiedergutmachung aus aus der Welt gehen, haben Lug und Trug auf die Länge keinen Bestand. So wenig wie der Tod. Gott gebietet allen Störefrieden Einhalt und macht Schäden wieder gut. Der Glaube an die Auferstehung von den Toten ist das Vertrauen darauf, dass Gott wiedergutmacht. Breitet sich dieser Glaube bei uns aus, so können wir aufatmen. Steckt uns diese göttliche Liebe an, so wird es zum Schaden gar nicht erst kommen.

Peter Ruch, evangelisch-reformierter Pfarrer,
Küssnacht am Rigi

Ich suche Kollegen für:

- Landwirtschaft
- Lohnunternehmen
- Forst
- Gartenbau
- Bau + Gewerbe

Tages-, Wochen- oder
Monatseinsätze mit gutem Lohn

Maschinenring
Maschinenring Zürich, Neuwiesenstrasse 5
8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-zh.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

EU-Familie überfällt Nachbarn

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Hannes Nussbaumer, Inlandredaktor beim «Tages-Anzeiger», liest sich sonst so spannend wie das sozialdemokratische Parteiprogramm. Doch für einmal hat sich der Durchschnittsschreiber etwas Überdurchschnittliches einfallen lassen. Galt es doch, im europhilen «Tagi» das EU-Zypern-Debakel schönzuschreiben. Darum verfiel Nussbaumer auf das Bild einer Familie: «We are one familiy.» Allerliebst. Die EU sei eine «familiäre Gemeinschaft» Und: «In der Krise liegt ein Potential.» Die Krise mache vielleicht aus der «Zwangs- eine Herzensfamilie». Einfach herzig.

Die reale EU-Familie zeigt sich erheblich trister als in solch süsslicher Operetten-Beleuchtung. Mama Merkel und Papa Schäuble befahlen dem verschwenderischen Kind auf der Mittelmeerinsel, wie es die bevorstehende Pleite abwenden muss. Dabei waren die Eltern völlig überrumpelt. Denn sie kümmerten sich um andere unfolgsame, verwöhnte Kinder am Mittelmeer und hatten vom bunten Treiben ihres ärgsten Sprösslings keine Ahnung. Schliesslich war ihnen wichtiger, dem kleinen Nachbarn im Hochparterre der Alpen mit der Kavallerie zu drohen und dessen Finanzverhältnissen nachzuspüren. Weil man aber doch immerhin eine Familiengemeinschaft ist, beschloss der Familienrat, einen ahnungslosen grossen Nachbarn zu überfallen und ihm die Brieftasche zu leeren. Aber nur teilweise. Die Familie ist schliesslich eine kultivierte Wertegemeinschaft.

Nun die Geschichte bei Tageslicht und ohne Familienidyll: Die Brüsseler EU-Bürokratie hat trotz Zehntausenden von Beamten angesichts der griechischen Tragödie nicht gemerkt, dass auch das EU-Land Zypern im griechischen Fahrwasser unterging. Während die EU-Nachbarn und vor allem Deutschland das Nichtmitglied Schweiz wegen dessen Finanzplatz schikanierten, schnallten sie zu spät, was im aufgeblasenen Offshore-Platz Zypern abging. Einmal mehr diktierte allein Deutschland das Handeln. Die übrigen EU-Staaten sassen in den Zuschauerrängen.

Bei der gemeinsam beschlossenen Räuberei schonte man die Kleinsparer in Zypern. Dafür plünderte man die Grosssparer aus Russland. Der mächtige Putin im mächtigen Kreml wird diese Willkür der Europäischen Gemeinschaft irgendwann zurückzahlen. Jedenfalls sehen sich die Zyprioten wirtschaftlich um 15 Jahre zurückgeworfen. Dank dem rührenden EU-Familiensinn.

VOLKSWAHL HEISST VOLKSWOHL

Bundesrat misstraut dem Volk

Der Bundesrat argumentierte diese Woche gegen die Volkswahl des Bundesrates. Diese gefährde die Stabilität der Schweiz. Damit zeigt er ultimativ sein Misstrauen gegenüber den direktdemokratischen Entscheiden der Bevölkerung. Bundesrätin Sommaruga argumentierte, dass einzelne Bundesräte stärker auf die Volksmeinung schauen würden, um wiedergewählt zu werden. Man reibt sich die Augen und fragt sich, ob es nicht Aufgabe des Bundesrates ist, die Bedürfnisse der Bevölkerung aufzunehmen und Volksentscheide zu akzeptieren? Wäre es etwa schlecht, wenn der Bundesrat vom Volk angenommene Initiativen, wie z. B. die Ausschaffungsinitiative, auch ernst nehmen und rasch umsetzen würde? Für die Initianten der Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates ist klar, dass beispielsweise die Asylpolitik, welche die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet oder auch die Bestrebungen des Bundesrates zu einer institutionellen Einbindung der Schweiz in die EU schon lange korrigiert worden wären, wenn das Volk den Bundesrat wählen würde.

SVP. Zudem ist die Argumentation des Bundesrates in verschiedenen Punkten nicht korrekt. So argumentiert er etwa, dass die Rätoromanen von den Initianten vergessen worden seien. Dies ist schlicht eine Lüge. Die Sitzgarantie von mindestens zwei Sitzen für die lateinische Schweiz schreibt endlich die gelebte Praxis bei Bundesratswahlen in der Verfassung fest und stellt damit eine klare Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation ohne Sitzgarantie dar. Wäre zum Beispiel am 16. September 2009 Urs Schwaller von der CVP als Nachfolger von Bundesrat Couchepin gewählt worden, hätte die lateinische Schweiz nur noch einen Vertreter im Bundesrat gehabt! Mit der Annahme der Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates hätte die lateinische Schweiz eine Garantie auf mindestens zwei Sitze (analog Berner Regierungsratsmodell – Sitzgarantie für Berner Jura).

Mehr Sitze wären zudem ohne Problem möglich. Konkret formuliert entspricht die lateinische Schweiz der Suisse Romande, dem Tessin und den italienischsprachigen Gebieten Graubündens (italienischsprachige Kreise). Da die Rätoromanen im Kanton Graubünden nicht in einem bestimmten Kreis organisiert sind, sondern die Landessprache Rätoromanisch in diversen Gemeinden offizielle Amtssprache ist, aber manchmal auch Rätoromanisch und Deutsch gemeinsam Amtssprache ist, konnte das Initiativkomitee die rätoromanische Bevölkerung aus Praktikabilitätsgründen nicht als eigene Gebiete in die Verfassungsinitiative aufnehmen.

Transparentere Wahlen

Der Bundesrat bemängelt die Abhängigkeit von starken Gruppierungen bei einer Volkswahl. Der zeitliche Aufwand «für einen landesweiten Wahlkampf und für Imagekampagnen wäre zu gross». Mit der heutigen Medienlandschaft und den gleichzeitig zu den Bundesratswahlen stattfindenden National- und Ständeratswahlen ist der Aufwand von Bundesratskandidaten zwar hoch, aber dank Fernseh- und Internetauftritten, Interviews in allen Zeitungen usw. gut zu bewerkstelligen. Für bisherige Bundesräte würde der Aufwand nicht grösser als bisher im Umfeld von Nationalratswahlen. Es darf im Übrigen nicht vergessen werden, dass der Bundesrat heute dem Parlament «gefallen» muss und entsprechende Anbiederungen immer wieder offensichtlich sind. Eindeutig ist: Die Volkswahl des Bundesrates würde transparentere Wahlen bringen und die Rechenschaft der Landesregierung gegenüber dem Volk verstärken.

Darum JA zur Volkswahl des Bundesrates:

- Die Volkswahl von Regierung und Parlament hat sich in den Kantonen und Gemeinden bewährt. Die Wahl ist transparent, fair und führt zu einer besseren Kontrolle der Macht.
- Die Suisse Romande, der Kanton Tessin und die italienischsprachigen Gebiete in Graubünden profitieren: Ihnen werden in der Verfassung mindestens zwei Sitze garantiert. Dies ist heute nicht der Fall.
- Die Volkswahl ist ein Vertrauensbeweis und eine Kompetenzverschiebung hin zum Volk. Dies ist umso wichtiger in einer Zeit, in der man uns schleichend in die EU führen will. Wählt das Volk, dann haben die Bundesräte vermehrt auf die Bevölkerung Rücksicht zu nehmen.
- Hinterzimmerabsprachen und Mauscheleien vor den Bundesratswahlen werden unterbunden.
- Die Volkswahl des Bundesrates findet alle vier Jahre gleichzeitig mit den Nationalratswahlen statt. So braucht es keine zusätzlichen teuren Kampagnen für die Bundesratswahlen.

Die kantonalen Wahlen zeigen: Das Volk hat ein gutes Gespür für die richtige Zusammensetzung der Regierung. Stärken wir die Demokratie, stärken wir die Schweiz!

SP-REGIERUNGSRAT FÜR SVP-INITIATIVE

Die Volkswahl des Bundesrates und die SP-Basis

Der Parteitag der SP Kanton Waadt vom vergangenen Wochenende hat gezeigt, dass viele Wählerinnen und Wähler der Sozialdemokratischen Partei der Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates, über die wir am 9. Juni 2013 zu befinden haben, an der Urne durchaus zustimmen könnten.

CLAUDE-A. VOIBLET
GROSSRAT SVP
LAUSANNE (VD)

Die Weichen schienen weitgehend gestellt, nachdem die Delegiertenversammlung der SP Schweiz vor drei Wochen mit grossem Mehr die Nein-Parole zur Volkswahl des Bundesrates gefasst hatte. Die zustimmende Empfehlung des Vorstandes der SP Waadt zur Volksinitiative, die umstrittene Debatte am Parteitag vom vergangenen Wochenende und die darauf folgende relativ knappe Ablehnung durch die kantonalen Delegierten der SP Waadt zeigen nun jedoch, dass zahlreiche Wählerinnen und Wähler der SP durchaus ein JA in die Urne werfen könnten.

Sitze für die lateinische Schweiz

Relativ schwachen Argumenten gegen die Initiative standen an der Delegiertenversammlung der SP Waadt klare Worte des SP-Regierungspräsidenten Pierre-Yves Maillard für die Volkswahl des Bundesrats gegenüber.

Mit dieser Ausgangslage kann durchaus davon ausgegangen werden, dass es nicht wenige SP-Wählerinnen und -Wähler Maillard gleichtun könnten, zumal die Initiative der lateinischen Schweiz erstmals zwei Sitze im Bundesrat verfassungsmässig garantiert.

Im stillen Kämmerlein

Der SP-Regierungspräsident machte klar, dass es bei der Initiative in der Tat um nichts anderes als um die Volkswahl der Landesregierung geht: «... es ist der Kampf für eine Demokratisierung der Behörden, der es letztlich ermöglicht hat, dass das Volk die Gemeinderäte, die Gemeindepräsidenten und die Regierungsräte im Kanton Waadt wählen kann. Und diese vom Volk gewählten Repräsentanten sind keine gefährlichen Führer geworden, welche die Demokratie abschaffen wollen.» Es gäbe also keinen objektiven Grund, diese Initiative abzulehnen, ausser man nehme die Urheberschaft der SVP zum Vorwand. Auch wenn die SP nun Mühe damit hat, eine Initiative, die den Stempel SVP trägt, direkt zu unterstützen, dürften viele SP-Vertreter unter dem Schutz des Stimmgeheimnisses, im «stillen Kämmerlein», am 9. Juni ein JA auf den Stimmzettel schreiben. Der SVP geht es in erster Linie darum, mit der Initiative dem Volk das Vertrauen zu schenken und ihm die Möglichkeit zu geben, den Bundesrat genauso selbstverständlich an der Urne zu wählen wie dies in allen Kantonen bei den Regierungsräten, den Ständeräten und den Nationalräten der Fall ist. Die demokratische Tradition der Volkswahl hat sich bewährt.

Es gibt deshalb keinen Grund, weshalb die Bürgerinnen und Bürger nicht auch auf Bundesebene ihre Regierung selber wählen sollen.

DER AKTUELLE VORSTOSS

«Mehr Mitwirkungsrechte der Gebührenzahler an den SRG-Programmen»

Mit einem Postulat von Natalie Rickli (SVP, Winterthur) wird der Bundesrat aufgefordert, den Gebührenzahlern die kostenlose Mitwirkung an den SRG-Programmen zu ermöglichen.

Der Gebührenzahler muss schon heute für den nicht klar definierten Service public bezahlen, hat aber nichts dazu zu sagen. Nach den Plänen von Bundesrat und der Mehrheit des Parlamentes ist zudem eine Mediensteuer geplant. Künftig soll jeder bezahlen, auch derjenige, der gar keinen Fernseher hat. Jeder Haushalt erhält von der Billag ungefragt die jährliche Rechnung über Fr. 462.40 mit dem Vermerk «Billag macht Service public möglich».

Bei diesem Service public mitreden darf aber nur, wer offizielles Mitglied des Vereins SRG wird. Dazu muss man eine Mitgliedschaft in einer Regionalgesellschaft durch Kauf eines Anteilscheins oder mehrerer Anteilscheine zu CHF 50.– erwerben. Gemäss SRG stehen lediglich den zahlenden Mitgliedern verschiedene Dienstleistungen zu wie: Mitwirken, Einfluss nehmen, Informationen aus erster Hand erhalten, Diskutieren im Mitgliederforum, Teilnehmen an verschiedenen Veranstaltungen, Führungen durch Radio- und Fernsehstudios, Publikumssendungen und Filmpremieren, Profitieren von Gratistickets, Vergünstigungen und attraktive Mitgliederangebote.

Wenn die Gebührenzahler schon für ein Programm bezahlen müssen, sollen sie auch mitreden können und zwar kostenlos.

Aus diesem Grund ist die Zahlungspflicht aufzuheben und den Gebührenzahlern ein unkomplizierter Zugang zu einer Stelle zu gewähren, die sich derer Inputs annimmt. Das heute geschlossene «Mitgliederforum» soll künftig eine offene Internetplattform sein, auf welcher die Radio- und Fernsehzuschauer ihre Meinungen platzieren können. Nur so werden die Anliegen der Gebührenzahler künftig ernst genommen. Die neue Anlaufstelle muss kostenneutral erfolgen.

Quelle: http://www.srgd.ch/mitgliedschaft/mitglied-werden/

Kluft zwischen Classe politique und dem Volk

«Die EU ist eine intellektuelle Fehlkonstruktion. Wer meint, unterschiedliche Staaten wie Finnland im hohen Norden und das asiatische Zypern unter ein Dach bringen zu können, der spinnt doch. Darum muss der Bundesrat vom Volk gewählt werden, worüber das Schweizer Volk bereits im Juni abstimmt.

Die Kluft zwischen der Classe politique und dem Volk muss überwunden werden. Diese Kluft zeigt sich in der Ausländer- und Asylpolitik. Oder: Das Volk will die Kriminellen ausschaffen, die Classe politique nicht. Am grössten ist die Kluft in der Europapolitik. Weil man weiss, dass ein direkter Beitritt heute vom Volk abgelehnt würde, sucht man Wege, um hinter dem Rücken des Volkes die Schweiz in die EU zu integrieren!»

Nationalrat Christoph Blocher (SVP/ZH) in einem Interview mit der «Zentralschweiz am Sonntag» vom 24. März 2013.

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Zwang zur Sonnenenergie

Mit einer Parlamentarischen Initiative (PI) forderten Grüne, SP und EVP den Zwang zur Sonnenenergie. Konkret soll der Kanton oder die Gemeinde Anordnungen zur Nutzung von Sonnenenergie erlassen. Ausserdem beschloss der Kantonsrat über die Konsequenzen einer pauschalen Aufwandreduktion im Budget.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

In seinem Votum stellte **Orlando Wyss** (SVP, Dübendorf) klar, dass der Zwang zur Sonnenenergie der falsche Weg ist, um diese zu fördern. Die SVP Fraktion setze sich gegen Zwangsbestimmungen ein und bevorzuge wirtschaftliche Anreize. Diese seien im Planungs- und Baugesetz bereits vorhanden. Zudem werde in diesem Vorstoss zu einseitig auf die Solarenergie zur Verbesserung der Energieeffizienz gesetzt. Besser wäre, eine Wahlmöglichkeit zu lassen, zum Beispiel für bessere Wärmedämmung, andere erneuerbare Energien oder Abwärmenutzung. Bereits heute gebe es sehr viele technische Vorschriften und der Kanton Zürich habe sich an vorderster Front für die Harmonisierung der energetischen Vorschriften, der sogenannten MuKEn (Mustervorschriften) der Kantone eingesetzt. Die PI wäre ein diametraler Angriff auf diese Bestrebungen und würde die Übersichtlichkeit vermindern.

Mit der Kompetenz der Gemeinden, eigene energetische Vorschriften zu erlassen, würde einem Wildwuchs von gesetzlichen Bestimmungen Tür und Tor geöffnet, welcher nicht sinnvoll wäre. Zudem würde die Entscheidungsfreiheit der Hauseigentümer bei der Energieversorgung in einer nicht zulässigen Art und Weise tangiert und die Eigentumsgarantie angekratzt. Darum lehne die SVP-Fraktion diese PI und einen allfälligen Gegenvorschlag ab. Der Kantonsrat schloss diese Woche die erste Lesung ab (Fortsetzung folgt).

Aufwandreduktion

Mit einer Leistungsmotion der Finanzkommission wurde der Regierungsrat aufgefordert, die Konsequenzen aufzuzeigen einer pauschalen Aufwandreduktion in sämtlichen Leistungsgruppen im Budget. Der Regierungsrat ist gesetzlich verpflichtet, wenn der mittelfristige Ausgleich gefährdet ist, die Ausgabenbedürfnisse auf ihre sachliche und zeitliche Dringlichkeit zu prüfen sowie dem Kantonsrat Bericht zu erstatten und ihm Massnahmen zur dauerhaften Senkung der Ausgaben, insbesondere die Änderung von gesetzlichen Verpflichtungen, zu beantragen. Erfahrungen im Budget- und KEF-Prozess haben gezeigt, dass es kurzfristig kaum möglich ist, massgebende und nachhaltige Saldoverbesserungen zu erzielen. Statt Massnahmen zur Aufwandreduktion werden dem Kantonsrat zur Sicherung des mittelfristigen Ausgleichs Steuerfusserhöhungen beantragt. Im Sinne einer vorausschauenden Planung soll deshalb im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) künftig für jede Leistungsgruppe aufgezeigt werden, wo kurz-, mittel- und langfristig Möglichkeiten zur Saldoverbesserung bestehen und welche Entscheide dazu innert welcher Frist gefällt werden müssten. **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) stellte im Rat klar, dass der Kantonsrat schon mehrere Versuche unternommen hat, die Regierung dazu zu bewegen, ein alternatives Budget zu erstellen. Nicht unbegründet mache man sich Sorgen um den Staatshaushalt. Die Ausgaben des Kantons wuchsen in den letzten Jahren ungebremst weiter. In der Rechnung 2012 um 436 Millionen Franken. Wenn der Kantonsrat Vorschläge mache, in welchen Leistungsgruppen der Aufwand zu reduzieren sei, so fand der Regierungsrat noch immer eine Begründung, welche die Reduktion verhinderte.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Wildschweinjagd

KONRAD LANGHART
KANTONSRAT SVP
OBERSTAMMHEIM

Die heutige Wildschweindebatte war je nach Standpunkt vielleicht nicht für alle das wichtigste Traktandum im Kantonsrat. Sie war aber mit Sicherheit die am emotionalsten geführte Diskussion des Tages. Ein im Oktober 2010 eingereichtes Postulat fordert die Regierung auf, für die Schwarzwildjagd den Einsatz von Nachtsichtzielgeräten zu ermöglichen. Heute endlich ist über die Überweisung beraten worden. Die Regierung wollte das Begehren nicht entgegennehmen.

Seit der Einreichung des Postulates hat der Schwarzwildbestand und somit die damit verbundenen Schäden in einzelnen Regionen des Kantons noch weiter zugenommen und punktuell Ausmasse angenommen, die nicht mehr hingenommen werden können. Die natürliche Regulation des Bestandes funktioniert in unserer Kulturlandschaft nicht mehr. Auch geeignete Schutzmassnahmen wie zum Beispiel Elektrozäune reichen in vielen Gebieten nicht mehr aus, um die landwirtschaftlichen Kulturen wirksam vor der Zerstörung durch Wildschweine zu bewahren. Eine Reduktion des Bestandes ist daher unumgänglich. Dabei geht es nicht darum, das Schwarzwild auszurotten. Es gehört zur hiesigen Wildtierfauna und die Landwirtschaft hat gelernt, mit ihm zu leben. Es geht einzig darum, den Schwarzwilddruck auf ein vernünftiges und erträgliches Mass zu senken. Mangels natürlicher Feinde in unserem dichtbesiedelten Kanton kann dies nur durch jagdliche Massnahmen geschehen.

Die Verwendung von technischen Hilfsmitteln wie Nachtsichtgeräten allein wird das Problem natürlich nicht lösen. Aber der vorliegende Vorstoss ist ein Schritt in die richtige Richtung. Entscheidend ist eine engagierte Jägerschaft, die diese verantwortungsvolle und äusserst zeitintensive Aufgabe wahrnimmt.

Wildschweine sind nachtaktive Tiere, die zu einem grossen Teil auch in der Dunkelheit bejagt werden müssen. Die Verwendung von Nachtsichtgeräten kann im Einzelfall dem Jäger helfen, die Tiere richtig anzusprechen, das heisst, auch Fehlschüsse oder Fehlabschüsse zu vermeiden. Der Gebrauch dieser Geräte ist also auch ethisch nicht verwerflich, im Gegenteil. Er kann zu einer auch aus tierschützerischer Sicht qualitativ hochstehenden Jagd beitragen. Es geht also nicht darum, mit Kriegsgerät die Wildschweine auszurotten, sondern den interessierten Jägern auf Gesuch hin und in speziellen Fällen ein geeignetes Hilfsmittel in die Hand zu geben.

Mit 84 zu 71 Stimmen wurde das Postulat schliesslich überwiesen. Nebst der SVP wurde es von diversen Mitteparteien und Teilen der Grünen unterstützt.

Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit, zu prüfen, ob die Forderung umgesetzt werden kann. Verbindlich ist ein Postulat nicht, lediglich ein Bericht muss erstellt werden. Wir werden also frühestens 2015 wieder über diese Nachtsichtzielgeräte reden. Es ist offensichtlich zu befürchten, nur schon aufgrund der langen Dauer des Verfahrens, dass dieser Vorstoss kaum viel zur Regulation des Schwarzwildbestandes beitragen wird.

In der Zwischenzeit wünschen wir der aktiven Jägerschaft im Kanton Zürich viel Ausdauer und «Waidmannsheil» bei der Erfüllung ihrer Aufgabe!

ZUM TOD VON OSKAR BACHMANN

Gastgeber aus Berufung

Obwohl manche Freunde um den kritischen Gesundheitszustand von Oskar Bachmann wussten, kam die Nachricht seines Todes im 71. Altersjahr für viele überraschend. Gross ist denn auch die Betroffenheit und Trauer über den Hinschied des allseits beliebten früheren Wirts des Gasthofs zur Metzg in Stäfa. Schmerzlich empfinden Familie, Gäste und die zahlreichen Freunde und Bekannten weit über die Region hinaus das Ableben des Familienvaters, Patrons, Lehrlingsbetreuers und Bildungspolitikers.

1941 in eine tüchtige Landwirts-, Metzger- und Wirtsfamilie geboren, erlebte «Oski» Bachmann mit seinen Geschwistern Max und Ida eine frohe, erlebnisreiche Jugendzeit. Dass die drei Kinder schon früh anpacken und im Betrieb mithelfen mussten, haben sie später nie bereut. 1946 errichteten die Eltern das heutige einladende «Metzg»-Gebäude an der Stäfner Bergstrasse mit Metzgerei, Gastwirtschaft, Saal, Hotelzimmern und prächtiger Aussichtsterrasse. Oskar war ein aufgeweckter Schüler, absolvierte eine Lehre als kaufmännischer Angestellter, holte danach privat die Matur nach und studierte an der Universität Zürich Wirtschaftswissenschaften mit Abschluss als lic. oec. Genau in diese Zeit fielen Krankheit und Tod von Vater Max. Dem jungen Akademiker wurde nicht ganz freiwillig aufgetragen, den Gastbetrieb zu übernehmen, während sein Bruder die Metzgerei zuerst in Stäfa, später in Oetwil am See führte.

Obwohl sich Oskar Bachmann auch eine andere Laufbahn hätte vorstellen können, wurde ihm seine Tätigkeit zur Berufung. Er führte die «Metzg» mit viel Schwung und Begeisterung, grossem Interesse an kulinarischen Freuden, noch mehr aber an der Geselligkeit in der beinahe ununterbrochen geöffneten Gaststube. Die Gäste fühlten sich bei Oskar und auch bei seiner lieben Frau Erika herzlich willkommen, ja eigentlich geborgen. Der Patron fand mit allen Gästen und Vereinen den richtigen Ton, und diese hofften bei jedem Besuch, ihn an seinem Schreibtisch oder im Restaurant anzutreffen, um einen kürzeren oder längeren Schwatz zu halten. War der Chef abwesend, verliess man die «Metzg» mit einem leisen Gefühl der Enttäuschung. Denn jede Unterhaltung mit Oski war eine Bereicherung; keiner sonst wusste so spannend, farbig und humorvoll von eigenen Erlebnissen zu erzählen.

Selbstverständlich wurde die Öffentlichkeit bald aufmerksam auf die vielen Talente des klugen, vielseitig begabten und fröhlichen «Metzg»-Wirts. Beim kantonalen Wirteverband amtete Oskar Bachmann als Lehrlingsausbildner, Prüfungsexperte, Vorstandsmitglied und schliesslich als engagierter Präsident. Seine Militärdienste leistete er bei den Motorfahrertruppen, wo er zum Hauptmann aufstieg und viel Freude am ausserdienstlichen Schiesssport entwickelte. Auch die Stäfner Feuerwehr ernannte ihn

zum Offizier. Die Würden und Bürden, die man ihm anvertraute, sind zahlreich: Oski präsidierte die Brunnengenossenschaft Grundhalde, die Gemeinnützige Stiftung der Sparkasse Stäfa sowie die Zehntenkäs-Schützengesellschaft. Oskar Bachmann gehörte zu den Mitbegründern der Laliburger Fasnachtszunft und fand enge Freundschaften im Rotary Club Meilen. Besonders am Herzen lag ihm auch sein Montagsstamm, wo Privates, Berufliches und Politisches gleichermassen intensiv und leidenschaftlich verhandelt wurde. In erlesenen Tafelrunden prüfte und bewertete der ebenso anerkannte wie gefürchtete Weinkenner zahlreiche gute Tropfen.

Die Mitgliedschaft in der SVP wurde vom jungen Gewerbler – wie er lachend erzählte – als so selbstverständlich erachtet, dass er nicht einmal einen offiziellen Eintritt erklärte. Bald zeigte sich, dass Oskar mit seiner raschen Auffassungsgabe, seinem offenen, einnehmenden Wesen und seiner glänzenden Rednergabe, zum Politiker wie geschaffen war. Jahrzehntelang amtete er als Vizepräsident der Bezirkspartei und als Mitglied des Kantonalvorstandes. Während stattlichen 19 Jahren, von 1984 bis 2003, gehörte der Stäfner dem Kantonsrat an. Sieben Jahre lang stand Oskar Bachmann der wichtigen Geschäftsprüfungskommission vor.

1999 wirkte er während vier Jahren als erster Präsident der neugeschaffenen ständigen Kommission für Bildung und Kultur. Unter seiner Leitung entstand ein neues Bildungs- und Volksschulgesetz. Oskar Bachmanns eigentliche Herzensangelegenheit war die Lehrlingsausbildung. Im Sommer 2003 erfolgte die Wahl in den Bildungsrat, wo er sein grosses Wissen und Können nochmals vier Jahre in den Dienst der Öffentlichkeit stellte. Neben dem harten politischen Geschäft vereinigte Oski Politiker aller Parteien immer wieder als grosszügiger Gastgeber zu Festlichkeiten in seinem Familienbetrieb.

Das Privatleben im schmucken Haus an der Grundstrasse belebte der Sohn Thomas, der zur Freude des Vaters in seine gastronomischen Fussstapfen trat. Leider erlag Oskars Gattin Erika viel zu früh einem schweren Leiden. In Beatrice Kiechl fand er später bis zuletzt wieder eine liebevolle Partnerin. Solange wie irgend möglich schwamm er am frühen Morgen täglich im Zürichsee und unternahm mit seinem Hund ausgedehnte Spaziergänge.

Oski freute sich herzlich über die Schwiegertochter Rhea und die Enkelin Aileen. Er bewahrte sich trotz schweren Schicksalsschlägen und langwieriger Krankheit sein frohes Gemüt. Oskar Bachmann schenkte seinen Mitmenschen stete Hilfsbereitschaft, Zuneigung und Güte. Niemand verliess ihn ohne guten Ratschlag. Oski war seinen Freunden ein wahrer Freund. Letzten Sonntag ist er im Spital Männedorf leise gegangen. Und wird jetzt laut vermisst.

Christoph Mörgeli

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… ein Postulat betreffend Schaffung eines kantonalen Betreibungsregisters überwiesen. ☺

… die Abrechnung eines Kredits für den Bau des Hochwasserrückhaltebeckens am Jonenbach in Affoltern a. A. genehmigt. 😐

… dem Gesetz über den Beitritt zur revidierten interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen zugestimmt. ☺

… ein dringliches Postulat betreffend AXPO und Rosatom abgeschrieben. 😐

… die erste Lesung zur parlamentarischen Initiative betreffend Sonnenenergie auf den Gebäuden nutzen abgeschlossen. 😐

… ein Postulat betreffend Nachtzielgeräte für die Schwarzwildjagd überwiesen. ☺

... eine Motion betreffend Lehrlingsausbildung als obligatorisches Zuschlagskriterium bei kantonalen Submissionen überwiesen. ☺

… eine Leistungsmotion betreffend aufzeigen der Konsequenzen einer pauschalen Aufwandreduktion in sämtlichen Leistungsgruppen überwiesen. ☺

… eine Leistungsmotion betreffend Lohnkostentransparenz und Lohnrichtlinien für sämtliche Leistungsgruppen überwiesen. ☺

… den Bericht der Geschäftsprüfungskommission über ihre Tätigkeit vom April 2012 bis März 2013 zur Kenntnis genommen. 😐

… eine parlamentarischen Initiative betreffend Änderung PBG, Sanierungspflicht verwahrloster Liegenschaften, nicht vorläufig unterstützt. ☺

… eine parlamentarischen Initiative betreffend Reorganisation Immobilienmanagement vorläufig unterstützt. ☺

22. März 2013

SVP KÜSNACHT

Gut besuchter Sessionsrapport

Unter dem Titel «100 Tage Nationalrat» lud die SVP Küsnacht zum Sessionsrapport mit Nationalrat Gregor Rutz in die Schützenstube ein. Rutz fasste die wichtigsten Geschäfte der Frühjahrssession zusammen und warb für die «Milchkuh-Initiative». Gleichzeitig sammelte die Küsnachter Ortspartei Unterschriften für die Volksinitiative zur Abschaffung der Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende.

Rapportiert den vielen Mitgliedern der SVK Küsnacht: Gregor Rutz, Nationalrat und Vizepräsident der Zürcher SVP.

Auch Bezirksparteipräsidentin Theres Weber und Peter Schwegler, Präsident SVP Erlenbach, wollten hören, was Gregor Rutz nach «100 Tagen» zu berichten hat.

SVP Küsnacht. Die traditionellen Sessionsrapporte der SVP erfreuen sich einer hohen Beliebtheit. Dies zeigte der Publikumsaufmarsch in der Küsnachter Schützenstube, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Kantonsrätin Theres Weber konnte als Präsidentin der SVP Bezirk Meilen so nicht nur SVP-Mitglieder, sondern auch diverse Mitglieder anderer Parteien begrüssen. Gespannt warteten die Anwesenden auf den Sessionsbericht des amtsjüngsten Zürcher SVP-Nationalrats.

Zu Beginn seiner Ausführungen berichtete Gregor Rutz über die Lancierung einer überparteilichen Volksinitiative, welche für eine faire Verkehrsfinanzierung sorgen will: Künftig sollen alle Steuern und Abgaben der Autofahrer zweckgebunden für die Strasseninfrastruktur eingesetzt werden. Für die breit abgestützte «Milchkuh-Initiative» kamen bereits in den ersten Tagen mehrere Tausend Unterschriften zusammen.

In der Session wiederum berieten die Räte über verschiedenste Geschäfte. Absurde Entscheide, wie z. B. die Wiedereinführung eines Zulassungsstopps für Ärzte, standen erfreulichen Abstimmungsresultaten, wie z. B. der Sicherung eines Armeebudgets von 5 Mia. Franken, gegenüber. Für lange Diskussionen sorgte die vom Nationalrat versagte Gewährleistung der Schwyzer Kantonsverfassung. Rutz erklärte den Anwesenden die Problematik der neuen bundesgerichtlichen Rechtsprechung in Bezug auf die Wahlsysteme.

Es ist zu befürchten, dass der Entscheid des Nationalrats für den Föderalismus und die Freiheit der Kantone negative Auswirkungen hat. Umstritten war sodann das Bürgerrechtsgesetz, welches verschiedene Änderungen bringen soll.

Verkürzte Aufenthaltsfristen und neue Verfahrensabläufe sollen Einbürgerungen erleichtern, während das Erfordernis einer Niederlassungsbewilligung die Integration verbessern soll. Die Neuerungen waren im Nationalrat aber stark umstritten; nun muss sich der Ständerat mit der Materie befassen.

Nach zahlreichen Fragen und einer intensiven Diskussion konnte Ortsparteipräsident Werner Furrer dann zum Apéro überleiten, wo zahlreiche Gespräche ihren Fortgang fanden.

Zu Gast im Europarat Strasbourg – 50-Jahre-Jubiläum

am Dienstag, 23. April 2013

Hören Sie live die Rede von BR Didier Burkhalter von der Tribüne des Europarates zum 50-Jahre-Jubiläum der Schweizer Mitgliedschaft

Programm

07.00 Uhr	**Abfahrt** mit Luxuscar ab Zürich, (Fahrzeit ca. 2½ Stunden)
09.45 Uhr	**Ankunft** in Strassburg
09.45 Uhr	Vormittag zur freien Verfügung **für Schifffahrt, Altstadtbesichtigung, Shopping**
13.00 Uhr	**Aperitif und gemeinsames Mittagessen in einem typischen Elsässer Restaurant in der Altstadt mit Alfred Heer**
15.00 Uhr	**Besuch Europarat, Rede** von Aussenminister **Didier Burkhalter, Führung durch den Europarat mit Alfred Heer**
17.00 Uhr ca. 19.30 Uhr	**Rückfahrt** nach Zürich **Eintreffen** in Zürich
Kosten	**Fr. 135.– pro Person** alles inklusive, (extra: Getränke, evtl. Stadtführung, Schifffahrt)
Anmeldung	christoph.baehler@svp-zuerich.ch, Telefon 044 217 77 61

Alfred Heer

«Ich freue mich, Ihnen den Europarat vor Ort vorstellen zu dürfen!»

LESERBRIEFE

«Chancengleichheit»

Unter dem Begriff «Chancengleichheit» wird momentan versucht, unsere Volksschule nach ausländischen Modellen so umzuformen, dass, angeblich, die Gerechtigkeit im Bildungssektor siegen soll. Zum Glück gibt es jedoch auch besonnene Kräfte, die opponieren. Einerseits gilt es, bereits eingeführte Neuerungen, die sich nicht bewähren, wieder rückgängig zu machen, und andrerseits, bei geplanten, aber untauglichen, sie gar nicht erst einzurichten. So wurde bekanntlich am 18. März 2013 im Kantonsrat ein Vorstoss zur Wiedereinführung eines zweiten Zeugnisses ab der 2. Klasse gutgeheissen, denn die Reduktion auf nur eine Bewertung pro Jahr hat bei den Eltern und oft auch bei den Kindern überhaupt kein Verständnis gefunden.

Ein noch weit grösseres Kuckucksei im Schulgefüge ist die integrative Unterrichtsform, welche mit der Abschaffung der Kleinklassen einherging. An vielen Orten hat man gemerkt, dass sich diese Neuerung überhaupt nicht bewährt. Der Ruf nach Übungsabbruch wird immer grösser, auch wenn die Bildungsdirektion und gewisse Schulbehörden wie etwa jene der Stadt Zürich krampfhaft versuchen, ihr Prestige zu retten und das Fiasko schönzureden. Weiter bildet der neuerliche Angriff auf die Gymiprüfungen eine zusätzliche «Front». Krethi und Plethi soll prüfungsfrei ins Gymnasium eintreten können und dann versuchen, sich dort «zu bewähren». Logistisch angesichts der zu erwartenden Scharen von Möchtegerngymnasiasten unmachbar und menschlich ebenfalls daneben, denn eine nicht bestandene Aufnahmeprüfung ist weit eher zu verkraften als eine Rückweisung nach vielen Monaten. Schliesslich gilt es auch noch, einen gefährlichen Wolf im Schafspelz zu enttarnen. Das sogenannte «altersdurchmischte, individuelle Lernen» (ADIL) schleicht sich leise und fast unbemerkt bei unkritischen Behörden in die Schulstuben ein. Diese Methode, welche von Beauftragten einer pädagogischen Hochschule so quasi hintenherum den Schulpflegen schmackhaft gemacht wird, bezweckt eine Auflösung der Klassenverbände und ein ständiges Mischen der Schülergruppen, was zur aktuellen Forderung einer konstanten Bezugsperson wie eine Faust aufs Auge wirkt. Und mit all diesen möglichen und unmöglichen Dingen glauben gewisse Leute im Ernst, der Chancengleichheit zu dienen. Eine wunderschöne, aber totale Illusion!

Hans-Peter Köhli, Zürich

Aufgeschnappt

Politisch korrekter Humor, auf Tele 1 am 25. März 2013 gehört: «Im Kanton Uri sind die Strafdelikte seit 2011 um 24 % angestiegen. Grund für den Anstieg war, dass es viel mehr Diebstähle und Einbrüche gab». Noch Fragen?

Das ist wie: «COOP hat den Umsatz um 24 % gesteigert. Der Grund für den Anstieg war, dass mehr Produkte verkauft wurden».

Meinrad Odermatt, Zug

Der Zürcher Bote

print-ad kretz gmbh

Tel. 044 924 20 70 · Fax 044 924 20 79

inserate@zuercher-bote.ch

NEUE RÜCKENSCHÜSSE VON FINANZMINISTERIN WIDMER-SCHLUMPF

Ausverkauf elementarer Schweizer Interessen geht weiter

In Washington führt der Schweizer Spitzendiplomat Michael Ambühl mühsame Verhandlungen über eine Global-Lösung im Steuerstreit der USA mit Schweizer Banken. Gleichzeitig fällt in Bern die Finanzministerin dem Bundesrat jetzt auch mit ihrer Abkehr von der Abgeltungssteuer in den Rücken.

ULRICH SCHLÜER
A. NATIONALRAT SVP
FLAACH

Die Vorgänge folgen dem immer gleichen Ablaufmuster: Die in ihrem Amt allein von den Stimmen der Linken abhängige Finanzministerin schickt die BDP – ihren Mini-Anhang – als Verrats-Vorreiterin in die Arena. Als Sprachrohr seiner Chefin lanciert dieses Grüppchen einen Aufruf zur Abkehr von einem Standpunkt, der bis zu diesem Moment einer vom Gesamtbundesrat beschlossenen Position der Schweiz entsprach.

Schweizer Konzepte

So lief es ab, als sich die Finanzministerin aus dem bundesrätlichen Nein zum von den USA und der EU apodiktisch geforderten systematischen Informationsaustausch über alle Daten von Bankkunden davonzustehlen begann – jeden Bankkunden damit, einem Verbrecher gleich, zum gläsernen Objekt der Begierde aller Steuereintreiber aller Länder degradierend, jeglicher Privatsphäre beraubt.

Am vergangenen Wochenende wurde in gleicher Art der Rückenschuss der Finanzministerin gegen das gesamte Bundesratskollegium in Sachen Abgeltungssteuer eingeleitet. Diese Abgeltungssteuer wurde als Gegenkonzept der Schweiz gegen den systematischen Informationsaustausch von der Landesregierung insgesamt beschlossen. Das Konzept wird zumindest von den bürgerlichen Parteien mitgetragen – sozusagen als Verteidigungslinie gegen den weltweiten Appetit auf in der Schweiz lagernde Vermögen.

Sämtliche Diplomaten der Schweiz, in sämtlichen Hauptstädten der Welt vertreten, begründen und erläutern diese Position als Position der Schweiz. Langsam gewinnen sie an Boden – aber die Finanzministerin, in der Regierung dank der Stimmen der Finanzplatz-feindlichen Linken, fällt dem Bundesrat in den Rücken – erneut mit der BDP als Speerspitze. Die Finanzministerin signalisiert sogar gewisse Bereitschaft, die Kundendaten von gegen achtzig Banken – die meisten davon standen bisher noch nie im Visier der USA – pauschal preiszugeben. Die definitive Erledigung des Finanzplatzes Schweiz – eines wahrhaft wichtigen Wirtschaftsfaktors unseres Landes – scheint ihr Ziel zu sein.

Die Musterschülerin in Dossier-Kenntnis

Und parallel zu diesem Rückenschuss wird Widmer-Schlumpfs äusserst seltsame Rolle im «Fall Hildebrand» ruchbar: Aufgrund eines parlamentarischen Untersuchungsberichts erfährt die staunende Öffentlichkeit, wie unglaublich dürftig unsere Landesregierung über die sich entwickelnden dramatischen Ereignisse selbst dann noch im Bild gewesen ist, als anfangs 2012 der Rücktritt Hildebrands längst unausweichlich geworden war.

Die Finanzministerin, damals Bundespräsidentin, hatte den Bundesrat zu sonntäglicher Telefonsitzung beordert. Dieser musste am Schluss dieser Sitzung mangels ausreichender Information Beschluss-Unfähigkeit konstatieren. Und heute erfährt man, dass die Bundespräsidentin Stunden vor dieser Telefonkonferenz von Hildebrand selbst über alle Details der Vorgänge, über alle Begründungen, über alle vorgesehenen Schritte präzise ins Bild gesetzt worden war.

Doch Frau Widmer-Schlumpf – von den vereinigten Medien der Schweiz seit Jahren zur Musterschülerin bezüglich Dossier-Kenntnis emporgejubelt – will die Öffentlichkeit jetzt glauben machen, sie sei erst Stunden nach dieser Telefonkonferenz auf ihrem persönlichen Bildschirm auf diese Informationen des Nationalbank-Chefs gestossen …

Was folgt als Nächstes? Die Frage muss gestellt werden, geht es doch längst nicht mehr um ein unterhaltsames Spiel der von der Linken abhängigen Finanzministerin gegen den Gesamtbundesrat.

Es geht um elementare Interessen der Schweiz, welche die Finanzministerin dem Ausverkauf preiszugeben bereit scheint. Verzichtet sie als Nächstes auf den fahrlässigerweise noch immer in den USA eingelagerten Teil der Schweizer Goldreserven? Man muss auf alles gefasst sein.

Konsequenzen

Der Stimmbürger aber müsste sich endlich Wirkung zeitigende Konsequenzen überlegen. Es darf nicht mehr sein, dass eine Finanzministerin, um sich ihre Machtstellung im Berner Apparat zu erhalten, derart abhängig wird von einer einzigen – nicht einmal ihrer eigenen – Partei. Würde sie vom Volk gewählt, würde diese verhängnisvolle Abhängigkeit gebrochen. Im kommenden Juni, in der Abstimmung über die Volkswahl des Bundesrats, kann der Souverän die Weiche richtig stellen.

Und nicht minder aktuell wird die in der soeben eingereichten Gold-Initiative verankerte Forderung, wonach jener grosse Teil der Schweizer Goldreserven, der heute noch im Ausland lagert, schleunigst in die Schweiz zurückzuholen wäre. Die Auseinandersetzung im globalen Finanzkrieg nimmt Formen an, welche zwingend nach solider Absicherung der Goldreserven rufen.

Quelle: Brisant. Der aktuelle Freitags-Kommentar der «Schweizerzeit» vom 22. März 2013.

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 66, Fax 044 217 77 65

Arbeitstagung der SVP Kanton Zürich

Gemeinden unter Druck

Tagung für Gemeindevertreter, Kandidatinnen und Kandidaten, sowie übrige Behördenmitglieder, Parlamentarier und interessierte Parteimitglieder

Der Bund übernimmt zunehmend das international Vorgegebene, die Kantone vollziehen das vom Bund Angeordnete und die Gemeinden übernehmen das vom Kanton Befohlene. Die Behördenmitglieder aller Stufen können immer weniger selber gestalten und sehen sich degradiert zu blossen Vollzugsgehilfen. Die Gemeinden stehen heute überall unter Druck – finanziell, ideell, teilweise auch personell. Der neue Finanzausgleich schafft offensichtlich viele neue Probleme – die Gemeinden werden vielfach alleingelassen. Die SVP ist in den Gemeinden gut verankert. Sie will aber keine Verwalter und Bürokraten, die obrigkeitliche Anordnungen zum Nachteil der Bürger willig umsetzen.

Datum: **Samstag, 20. April 2013**
Türöffnung: 8.30 Uhr mit Kaffee und Gipfeli
Beginn: 9.00 Uhr
Ende: 12.00 Uhr
Ort: Restaurant Rössli, Kempttalstrasse 52, 8038 Illnau

Programm: Gemeinden unter Druck – eine Auslegeordnung
Gregor Rutz, Nationalrat, Vizepräsident SVP des Kantons Zürich

Fakten des neuen Finanzausgleichs und die konkreten Auswirkungen auf die Zürcher Gemeinden
Matthias Lehmann, Experte fur Gemeindefinanzen, swissplan.ch

Permanente Einschränkung der Gemeindeautonomie durch Bund und Kanton
Hans Heinrich Raths, Kantonsrat, Pfäffikon ZH

Die Einheitsgemeinde – ein Zukunftsmodell für Zürcher Gemeinden?
Martin Zuber, Kantonsrat, Gemeindepräsident Waltalingen

Im Anschluss: **Wie kann die SVP die Gemeinden stärken? – eine Diskussion**

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Informationstagung vom Samstag, 20. April 2013

☐ Ich melde mich für die Tagung an.
☐ Wir melden uns für die Tagung an: ___ Anzahl Personen.

Name: ..... Vorname: .....
Strasse: ..... PLZ, Ort: .....
Telefon: ..... E-Mail: .....

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

Unterzeichnen auch Sie die «Milchkuh-Initiative»

Automobilisten, Motorradfahrer, Lastwagenfahrer und andere Strassenbenützer werden zunehmend zur Milchkuh der Nation: Sie zahlen immer mehr Steuern, Abgaben und Gebühren – und stehen trotzdem im Stau.
Der Grund dafür ist einfach: Die Abgaben aus dem Strassenverkehr werden nur zum Teil für den Bau und Unterhalt von Strassen und Autobahnen verwendet. Die Strassengelder versickern in der Bundeskasse oder werden zweckentfremdet.

Die «Milchkuh-Initiative» will diesen Entwicklungen einen Riegel schieben!

Weitere Informationen und Unterschriftenbogen unter **www.milchkuh-initiative.ch**.

Einladung zur Mitglieder-Veranstaltung

Bericht aus Bern:

Aktuelles aus der Bundespolitik

Donnerstag, 11. April 2013, 20.00 Uhr,
Restaurant Muggenbühl,
Muggenbühlstrasse 14, 8038 Zürich

Unser Stadtzürcher

Nationalrat Alfred Heer

gibt Auskunft über das politische Geschehen während der Frühjahrssession 2013

Nutzen Sie die Gelegenheit zum direkten Kontakt mit unserem Mann in Bern.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

SVP der Stadt Zürich

Fadegrad

Der Staat als Kinderhüter?

VON BRUNO SIDLER

In der letzten Woche hatte das Thema Kinderbetreuung wieder einmal einen medialen Höhepunkt erlebt. Der «Tages-Anzeiger» berichtete, wie stark die städtische Kinderbetreuung subventioniert ist. In der Stadt Zürich können Eltern bis zu einem Bruttoeinkommen von 180 000 Franken von subventionierten Kinder-Betreuungsplätzen profitieren. 2011 betrugen die Elternbeiträge an die Krippen-Kosten 29 Prozent, bei den Horten waren es 25 Prozent. Der Rest wurde aus Steuergeldern bezahlt. Dieses System ist ungerecht. Dieser Meinung ist offenbar auch der Stadtrat. Er will das System ändern, er sagt zurzeit aber nicht, wie er das bewerkstelligen will. Gemäss Statistik werden zirka 50 Prozent der Kinder fremdbetreut. Die andere Hälfte der Kinder wird in ihren Familien betreut. Wenn wir diese Zahlen betrachten, fällt auf, dass es hier zwei ungleich behandelte Gruppen gibt: Die eine stellt Ansprüche und lässt sich die Fremdbetreuung aus Steuergeldern mitfinanzieren, die andere Gruppe trägt die Kosten selbst.

Die Diskussion über die staatlich mitfinanzierte Fremdbetreuung läuft zurzeit voll auf der ökonomischen Schiene. Die Befürworter argumentieren, dass dem Staat durch berufstätige Mütter höhere Steuereinnahmen zufallen würden, deshalb sei dieses System vertretbar. Im erwähnten Medienbericht von letzter Woche wurden aber auch deutliche sozialistische Rauchzeichen abgegeben. Die Linke in Zürich geht selbstverständlich davon aus, dass die Betreuungsquote weiterhin ansteigen wird. Das wäre dann für Sozialvor-steher Martin Waser (SP) ein Grund, um über einen Systemwechsel zu diskutieren. Am einfachsten wäre es, so Waser gemäss «Tages-Anzeiger», das skandinavische Modell einzuführen und Krippen- und Hortplätze für alle gratis anzubieten. Dazu müssten die Steuern um 10 bis 15 Prozent erhöht werden. Ein Modell aus dem kläglich gescheiterten Sozialismus soll hier eingeführt werden. Der Staat als Kinderhüter? Nein danke!

Von den Betroffenen, von den Kindern und deren Wohl und Befinden, ist in dieser Diskussion wenig die Rede. Die Alarmzeichen werden immer deutlicher: Die SVP muss sich weiterhin intensiv für die traditionelle Familie stark machen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

GPK-Bericht zur Fachschule Viventa

Der Gemeinderat beschäftigt sich diese Woche mit dem Schlussbericht der Geschäftsprüfungskommission zur Fachschule Viventa befasst. Die Untersuchung wurde notwendig, nachdem immer mehr interne Querelen nach aussen gelangten.

ROLAND SCHECK
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 3

Die Viventa ist eine Bildungsinstitution der Stadt Zürich für Jugendliche und Erwachsene. Nebst Erwachsenen- und Elternbildung bietet die Viventa hauswirtschaftliche Berufsausbildung, Berufsvorbereitung und Integrationsangebote für Migrantinnen und Migranten.

Ob nun Kurse wie «Das eigene Zuhause wohlig und schön einrichten», «Finden Sie Ihren persönlichen Stil», «Atem ist Lebensfluss» usw. als sinnvoll zu betrachten sind und ob solche Kursangebote tatsächlich Aufgabe der öffentlichen Hand zu sein haben, darüber lässt sich streiten.

Klassische Führungsprobleme

Gestritten wird auch in der Viventa selbst. Die Lehrpersonen sind verunsichert und wütend. In der Kritik steht Direktorin Yvonne Kern. Die Lehrpersonen werfen der Direktorin chaotische Planung, Desinformation und Geringschätzung vor.

Die Palette an Problemen betrifft Zusammenarbeit, Kommunikation, Stellenbesetzung, das Lohnsystem, ungenügendes Projektmanagement im Zusammenhang mit der Organisationsentwicklung (Fusion mehrerer Schulen) und mangelhafte Information der Schulkommission.

Die klassischen Führungsprobleme halt.

Das sind happige Vorwürfe, was die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Gemeinderats dazu veranlasste, eine Untersuchung durchzuführen. Die Untersuchungsergebnisse zeigen eindeutig auf, dass das Verhältnis zwischen Konventvorstand und Direktorin einerseits und einem Teil der Lehrerschaft und der Direktorin andererseits zerrüttet ist. Insbesondere beklagt wird die mangelnde Zusammenarbeit zwischen der Direktorin und dem Konventvorstand, die Einflussnahme der Direktorin auf Entscheidungsfindungen des Konventvorstands und dass der Konventvorstand in keinem wichtigen Gremium mehr Einsitz hat.

Auf die Unzufriedenheit eines Teils der Lehrpersonen mit dem Lohnsystem reagierte die Leitung schon zu einem früheren Zeitpunkt durch Einberufung eines Runden Tisches, um das Lohnsystem zu analysieren und eine Empfehlung zuhanden der Schulkommission abzugeben.

Desweitern stellte die GPK fest, dass bei der Zusammenführung der verschiedenen Schulen vorhandenes Wissen und Erfahrung der Lehrpersonen nicht in Anspruch genommen wurden.

Die Fachschule Viventa zog in grossem Stil externe Beratungsfirmen bei und dies zum Teil in Bereichen, wo das Know-how der Lehrpersonen hätte zur Hilfe genommen werden können. Ferner kritisierten die interviewten Personen auch die zahlreichen Stellenwechsel bei den Bereichs- und Formatsleitungen, die langen Vakanzen ohne Ausschreibung sowie die Intransparenz bei der Stellenbesetzung.

Vorwürfe wurden bestätigt

Da kommt also einiges zusammen. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die erhobenen Vorwürfe grossmehrheitlich Hand und Fuss haben und aufgrund dessen dringend Handlungsbedarf besteht.

Obwohl die Fachschule der Oberaufsicht des Gemeinderats untersteht, hat dieser jedoch keine operativen Kompetenzen und so musste die sich GPK auf den Erlass von Empfehlungen zu Handen der verantwortlichen Stellen beschränken.

Der Gemeinderat nahm denn auch vom Bericht sowie den formulierten Empfehlungen der GPK zustimmend Kenntnis und beauftragte die Schulkommission der Fachschule Viventa, innert einem Jahr dem Gemeinderat über die weitere Entwicklung Bericht zu erstatten und bis dahin die notwendigen organisatorischen und rechtlichen Anpassungen in der Fachschule Viventa vorzunehmen.

Ob die Fachschule Viventa die doch eher tiefgreifenden Probleme bis in einem Jahr gelöst hat? Gut möglich, denn die Direktorin hat inzwischen ihren Rücktritt angekündigt. Man darf gespannt sein. In zwölf Monaten wissen wir mehr.

Weshalb bis dahin nicht mal einen Viventa-Kurs besuchen?

Zum Beispiel «Erziehen ohne laut zu werden», «Spielerisch Kräfte tanken», «Kampfesspiele für Väter und Söhne», «Bohnen, Erbsen, Linsen neu entdecken», «Essbare Wildbeeren sammeln und nutzen», «Aufräumen, entrümpeln und loslassen»?

Den Schreibenden werden Sie dort allerdings nicht antreffen.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Migrationshintergrund

Mit einem Postulat von **Kurt Hüssy** (SVP, Zürich 12) und **Roland Scheck** (SVP, Zürich 3) wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, wie die städtischen Behörden bei ihren Informationen über Straftaten verpflichtet werden können, analog zur Praxis der Staatsanwaltschaft, die Herkunft von Täterinnen und Tätern bekannt zu geben, und zwar aufgeschlüsselt nach schweizerischen Staatsangehörigen, eingebürgerten schweizerischen Staatsangehörigen unter Angabe des Herkunftslands und ausländischen Personen unter Angabe des Herkunftslands und der Aufenthaltskategorie.

Begründung

Über 50 Prozent der Straftaten in der Schweiz gehen auf das Konto von Ausländern. Gemessen am prozentualen Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung steht dieser viel zu hohe Anteil der Straftaten noch in einem viel schlechteren Verhältnis. Zusätzlich weiter verfälscht werden die Angaben, weil eingebürgerte Ausländer, die eine Straftat begehen, als Schweizer Straftäter in der Statistik aufgeführt werden.

Immer wieder heisst es in Polizeimeldungen, der Täter sei ein Schweizer, bis sich nach Recherchen herausstellt, dass der Täter in Tat und Wahrheit einen Migrationshintergrund hat und eingebürgert wurde.

Dies kommt einer Fehlinformation gleich.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf diese wichtigen Informationen, damit sie sich ein Bild machen können. Unsere Bürgerinnen und Bürger sind es schlussendlich, die mit ihren Steuern und/oder Versicherungsprämien für Schäden von Straftätern und deren Weiterbehandlung (Polizei, Justiz usw.) aufkommen müssen.

ZYPERN ALS EXEMPEL

Das Euro-Dogma und die Rettungs-Paket-Bombe

Der «Heilige Stier», genannt «Euro», wird zunehmend zum Tyrannen der Völker Europas. Mit der Zypern-Rettung – diese ist eigentlich eine Rettung des «Euro» auf Kosten der zypriotischen Bevölkerung – ist Vertrauen auf breiter Front ruiniert worden. Wenn hierzulande linke Journalisten jubeln, dass die EU nun einem Krisen-Banken-Land den Meister gezeigt habe und eine Steueroase trockengelegt worden sei, dann zeugt auch das von ideologischem Realitätsverlust. Denn die EU wollte nicht Zypern retten, sondern bloss den «Euro».

B. IM OBERDORF,
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 12

Wir schrieben vor einer Woche im Zürcher Boten mit gutem Grund, «vorbehältlich eines Rückkommens der EU» hätten die Zyprioten die Paketbombe des Rettungspaketes nach Brüssel retourniert. Denn die EU erzwingt regelmässig ein Rückkommen, wenn ihr ein nationaler Entscheid nicht passt: Als der griechische Regierungschef Papandreou ein Referendum zum Euro ankündigte, setzte ihn Brüssel derart unter Druck, dass er sein Versprechen widerrief; als Wahlen nicht dem Gusto der EU gefallen hatten, sorgte man mit Pressionen für eine Wiederholung; in Italien erzwang man den Abgang von Silvio Berlusconi, um mit Mario Monti einen genehmen, aber demokratisch überhaupt nicht legitimierten Nachfolger durchzudrücken. Und jetzt kam in Zypern das Rückkommen wie erwartet: Als das Parlament die Annahme der Paketbombe verweigerte, schritt der Chef der Euro-Zentralbank, Mario Draghi, zur Nötigung: «Wenn ihr bis am Montag nicht spurt, ziehe ich den Stecker heraus, so dass Zypern mangels Liquidität der Banken pleite geht.» Und das wirkte.

Ein Euro-Schrecken ohne Ende …

Statt samt seinem Finanzminister die Rücktrittsdrohung in die Tat umzusetzen, gab Nikos Anastasiades klein bei, weil offenbar das von der EU an die Wand gemalte Horrorszenario eines ungeordneten Staatsbankrotts und des Auszugs aus dem «Euro» wie beabsichtigt Angst und Schrecken einflösste. Na und? Staatspleiten sind gar nicht so selten und in Argentinien lebt es sich ganz gut damit. Ein Novum wäre indes der Auszug aus dem «Euro» gewesen – hier hätte in der Tat ein nur zu verständlicher und berechtigter Dominoeffekt drohen können – und er droht immer noch.

Die Wiedereinführung der eigenen Währung und der Auszug aus dem «Euro» sei nicht möglich, «weil das zu einem Sturm auf die Banken, zu einer temporären Schliessung dieser Institute, zu Kapitalverkehrskontrollen und zu einer nachfolgenden Abwertung der wieder eingeführten nationalen Währung führen könnte», soweit die Leier der EU. In Zypern sind, ausser der potentiellen Abwertung eines neuen zypriotischen Pfundes, alle diese gemäss EU unerträglichen Negativszenarien bereits Realität. Kurzum: man hat all diese – gemäss Brüsseler- und Frankfurter-Lesart – nicht tragbaren Kosten ohnehin und den Mühlstein des «Euro» obendrein nach wie vor am Hals. Die Pleite wäre ein vorübergehendes Ende im Schrecken gewesen – nun hat man einen Schrecken ohne Ende.

… und ein Ruin des Vertrauens

So sind nun in Zypern sowohl die Banken wie auch die Wirtschaft ruiniert – es drohen ein massier Einbruch der am Sozialprodukt gemessenen Wirtschaftsleistung und eine noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit – und alles am Gängelband der Troika (EU, Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds). Dass diese Troika zur Abwendung des Staatsbankrottes auch im wiederholten Anlauf dann Hand bot, ist nicht eine Solidaritätskundgebung, sondern eiskalter Opportunismus: man wollte einfach Zypern in der Eurozone festnageln, weil man bei einem Austritt der Zyprioten fürchtete, andere Länder, allen voran Griechenland, Portugal, Spanien und unter Grillo auch Italien könnten dem vernünftigen Beispiel folgen.

Nun ist das Vertrauen nachhaltig zertrümmert, die Verunsicherung greift um sich: Nicht vergessen geht, dass im ersten Anlauf die EU auch die Kleinsparer zu Kasse bitten wollte und nun in weit höherem Ausmass bloss die grösseren Anleger im sechsstelligen Bereich – und diese kalte, partielle Enteignung trifft nicht nur russische Oligarchen.

Wer ist mit seinen Ersparnissen in den Krisenländern eigentlich noch sicher? Wenn dem Eurogruppenchef, dem offenbar überforderten Jeroen Dijsselbloem die im Nachhinein wieder relativierte Bemerkung entfuhr, «das Sanierungsmodell von Zypern könnte auch in anderen Euro-Ländern zu Anwendung kommen», dann sprach diese freudsche Fehlleistung eben Bände: Er sagte, was man in der EU denkt, aber nicht sagt, sondern gebetsmühlenhaft in Abrede stellt. Und Slowenien könnte – nebst den bereits bestehenden – der nächste Krisenkandidat sein.

Ruinöser Euro – demokratiewidrig erzwungen

Unter dem Strich zeigen sich trostlose Gesetzmässigkeiten: Es kam in den Ländern zur Krise, die nicht mehr mit einer eigenen Währung eine selbständige Politik betreiben können, sondern am Gängelband von Brüssel hängen; bei Zypern kam die Krise bald nach dem erst wenige Jahre zurückliegenden Beitritt zur Eurozone.

Und in keinem Land, das den «Euro» als Währung eingeführt hat, geschah dies demokratisch legitimiert auf der Basis einer Volksabstimmung. Dort, wo es ein Referendum gab, in Dänemark und in Schweden, wurde die Einführung des Euro trotz massiver Propaganda der Regierungen jeweils abgelehnt.

Und nun wollen bald auch noch die Polen und ein zweiter baltischer Staat den «Euro» einführen. Wohlgemerkt: die Regierungen wollen das, das Volk hingegen nicht (wie auch in Deutschland die Bevölkerung – wenn gefragt – dagegen gewesen wäre). Wie viel Blindheit der «Classe Politique» braucht es eigentlich noch, bis der Groschen fällt?

Das Prestigedenken, mit den sogenannt Grossen gemeinsam an «Euro-Konferenzen» dinieren zu können, ist einzelnen Politikern offenbar wichtiger als das Wohl des Landes. Und viele Bürger leben unter der Last des «Euro» schon an und unter dem Existenzminimum. Wann kommt es zu Volksaufständen, wenn die Rettungs-Paket-Bombe platzt? – Das ist wohl eher eine Frage der Zeit.

Dieselöl Benzin
HEIZ OEL HAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.
Tel. 044 822 26 11

WUCHEMÄRT
WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Sibir-Gefrierschrank GS 110–4B, 7-jährig, 4 Schubladen, NP Fr. 700.–, Abholpreis Fr. 245.–. Tel. 044 761 33 89.

Traktor, Lamborghini R603, Jg. 1980, kein Allrad, VP Fr. 6000.–. **Mähwerk Pöttinger** Cat 165, Fr. 1200.–, Blachenrolltor braun, B 450, H 400, Fr. 500.–. Tel. 079 207 77 61.

ZU KAUFEN GESUCHT

Kaufe **Autos, Busse, Lieferwagen** usw. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

Inserate
Der Zürcher Bote
print-ad kretz gmbh
Tel. 044 924 20 70 • Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

JETZT UNTERSCHREIBEN

Initiative «Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende»

Abgewiesene Asylsuchende verfügen über ein reiches Instrumentarium an Rechtsmitteln, um gegen Entscheide über die Verweigerung des Asyls vorzugehen und damit den Ausweisungsvollzug abzuwenden oder zu verzögern. Der Kanton Zürich schuf mit der Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende noch ein weiteres Instrument.

Diese war das Resultat von Verhandlungen mit Sans-Papiers, die in der Adventszeit 2008 die Predigerkirche besetzten.

Es gibt keinen Grund, das von Bundesrechts wegen vorgegebene Verfahren durch eine Härtefallkommission zu ergänzen.

Deshalb: Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende und Personen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus!

Unterschriftenbogen erhältlich via www.svp-zuerich.ch oder Tel. 044 217 77 66

IHR INSERAT IM WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/wuchemaert

Preise
3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für **nur Fr. 20.–** inkl. MWSt.
6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für **nur Fr. 40.–** inkl. MWSt.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11
Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag überwiesen wurde. Die Zahlungsangaben finden Sie auf der oben genannten Internetseite. Besten Dank für Ihr Verständnis.

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Jetzt die Mediadaten 2013 bestellen!

print-ad kretz gmbh
Tel. 044 924 20 70 • Fax 044 924 20 79
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

In Stille nachdenken, geduldig Wissen erwerben
und dies unermüdlich Andere lehren;
Das ist nicht zu lernen, das muss man haben.
Konfuzius

Traurig nehmen wir Abschied von unserem ehemaligen Kantonsratskollegen und Bildungsrat

Oskar «Oski» Bachmann
Stäfa

Die Politik war mehr als ein Hobby fur Oski.
Viele Jahre war er im Parteivorstand,
von 1984 bis 2003 fur den Bezirk Meilen im Kantonsrat
und von 2003 bis 2007 im Bildungsrat.

Er hat sich mit viel Herzblut den Anliegen der Öffentlichkeit gewidmet und immer den Menschen in den Mittelpunkt gestellt.

Wir vermissen nicht nur seinen grossen politischen Sachverstand, sondern einen humorvollen, ehrlichen undlieben Freund.

SVP Kanton Zurich und Bezirk Meilen
Alfred Heer, Präsident Kantonalpartei
Theres Weber, Präsidentin Bezirkspartei

Die Trauerfeier findet am Dienstag,
2. April 2013, um 14 Uhr
in der reformierten Kirche Stäfa statt.

Öffentliche Veranstaltung

Rückblick auf die Frühlingssession

Mit:

Nationalrat Hansjörg Walter

Die Veranstaltung findet wie folgt statt:

Donnerstag 4. April 2013, 20:00 Uhr,
Im Restaurant Hörnli in Knonau

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

SVP Bezirk Affoltern

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 8. April 2013, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeweils Sonntagmorgen, ab 10.00 Uhr, Café Meier, Seuzach: 7. April, 9. Juni, 4. August, 6. Oktober und 1. Dezember 2013.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Schwamendingerhuus (Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern
Donnerstag, 4. April 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Hörnli, Knonau, öffentliche Veranstaltung mit Nationalrat Hansjörg Walter zum Thema «Rückblick auf die Frühlingssession».

Bezirk Affoltern / Hausen a. A.
Montag, 8. April 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Hausen am Albis, Stamm.

Montag, 27. Mai 2013, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum ehemaliges Postgebäude, Ebertswil, Parteiversammlung.

Bezirk Affoltern / Knonau
Samstag, 29. Juni 2013, Besuch Sasso San Gottardo Museum. Weitere Informationen folgen. Anmeldungen unter svpknonau@gmail.com oder Natel 076 771 20 60.

Bezirk Meilen / Stäfa
Samstag, 11. Mai 2013, 09.00–12.00 Uhr, vor der Migros, Stäfa, Standaktion. Nationalrat Christoph Mörgeli, Nationalrat Gregor Rutz, Kantonsrätin und Präsidentin der SVP des Bezirks Meilen Theres Weber und Kantonsrat Hans Peter Amrein verteilen den Müttern eine bunte Muttertags-Rose.

Donnerstag, 16. Mai 2013, 18.00 Uhr, bei Jakob Grimm, Holzhausen, Oetwil am See, Generalversammlung. Programm: 18.00 Uhr: Führung von Köbi Grimm durch sein einmaliges Weinbaumuseum; 19.00 Uhr: Apéro und 20.30 Uhr: Generalversammlung

Sonntag, 15. September 2013, 14.00 Uhr, in der «Halle für alle», Frohberg Stäfa, kultureller Anlass mit Christoph Blocher und dem Solisten-Ensemble von La Compagnia Rossini: Würdigung dreier Persönlichkeiten vom Zürichsee (Johann Kaspar Pfenninger, Patriot; Conrad Ferdinand Meyer, Schriftsteller und Karl Landolt, Kunstmaler). Programm: 14.00 Uhr: Türöffnung; 15.00 Uhr: Beginn des Programms. Eröffnungskonzert von La Compagnia Rossini. Begrüssung durch Kurt Zollinger. Vortrag von Christoph Blocher. Schlusskonzert von La Compagnia Rossini. 17.15 Uhr: Der Veranstalter offeriert «Ghackets mit Hörnli» und Apfelmus. Jedermann ist herzlich eingeladen! Parkplätze sind genügend vorhanden, ab 13.45 Uhr wird ab dem Bahnhof Stäfa ein Busbetrieb angeboten.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 19. April 2013, 19.30 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich, ordentliche Generalversammlung. Als besonderen Gast und Referenten begrüssen wir Korpskommandant Aldo C. Schellenberg, den neuen Chef der Schweizer Luftwaffe. Er wird zu Beginn der Veranstaltung, um 19.30 Uhr, referieren. Es ist eine gute Gelegenheit, mit ihm in Kontakt zu treten und Fragen an ihn zu richten. Die Generalversammlung wird ab 20.00 Uhr ungefähr eine Stunde dauern. Im Anschluss an die Generalversammlung offeriert die JSVP ZH einen Apéro.

Stadt Winterthur / Oberi
Mittwoch, 1. Mai 2013, ab 11.00 Uhr, Waldschulzimmer Lindberg, 1.-Mai-Grillplausch (www.waldschulzimmer-lindberg.ch). Ab Schulhaus «Lindberg» ist der Weg signalisiert. Gast: Nationalrat Walter Wobmann, SO. Programm: 11.00 Uhr: Apéro; 11.30 Uhr: Begrüssung Chantal Leupi, Präsidentin SVP Oberwinterthur. Anschliessend Ansprache Walter Wobmann; 12.30 Uhr: Mittagessen. Kosten: Verpflegung Erwachsene: Fr. 25.–, Kinder (schulpflichtig) Fr. 5.–. Die Getränke müssen separat bezahlt werden! Anmeldung: bis spätestens Freitag, 26. April 2013 an Urs Obrist, Telefon 052 202 84 44, Natel 079 414 31 22 oder E-Mail: urs.obrist@hispeed.ch. Bitte angeben: Name, Vorname, Anzahl Erwachsene und Anzahl Kinder. Der Anlass findet bei jeder Witterung statt!

Stadt Zürich
Donnerstag, 11. April 2013, 20.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, Sessionsveranstaltung mit Nationalrat Alfred Heer.

Winterthur Stadt und Bezirk
Sonntag, 7. April 2013, 10.30–16.00 Uhr, bei Christian Achermann AG, Rümikerstrasse 37, Winterthur-Hegi (vis-à-vis Media Markt), Jazz-Matinée mit der Togg Seven Jazzband. Eintritt frei. Festwirtschaft.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Montag, 6. Mai 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.00 Uhr, Sommerhöck.

Montag, 26. August 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 28. Oktober 2013, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 28. November 2013, 19.00 Uhr, Adventsessen.

Montag, 27. Januar 2014, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Ausstellung des Malers Konrad Flückiger (SVP), Oberembrach
Hotel Riverside, Spinnerei-Lettenstrasse, Zweidlen-Glattfelden. Dauer der Ausstellung: 1. März bis 17. Mai 2013 (www.konrad-flueckiger.ch).

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 26. Mai 2013, **1. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 23. Juni 2013, **2. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 21. Juli 2013, **3. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 25. August 2013, **4. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 15. September 2013, **5. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung
Freitag, 19. April 2013, 19.45 Uhr (Apéro 19.15 Uhr), Trichtenhausermühle, Trichtenhauserstrasse 60, Zollikerberg.

Höcks
Dienstag, 14. Mai 2013, 19.30 Uhr, **1. Höck.** Restaurant Kreuz, Bergstrasse 161, Horgenberg.

Donnerstag, 13. Juni 2013, 19.30 Uhr, **2. Höck,** Restaurant Riverside, Glattfelden/Zweidlen.

Donnerstag, 11. Juli 2013, 19.30 Uhr, **3. Höck,** Gibswiler-Stube, Tösstalstrasse 466, Gibswil.

Dienstag, 30. Juli 2013, 19.30 Uhr, **4. Höck,** Besenbeiz Eichhof, Eichhof 361, Bachs (Treffen mit der SVP Neerach).
Dienstag, 13. August 2013, 19.30 Uhr, **5. Höck,** Restaurant Eintracht, Bahnhofstrasse 36, Elgg.

Dienstag, 10. September 2013, 19.30 Uhr, **6. Höck**, Restaurant Erpel, Türlersee, Hausen am Albis.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 11. Oktober 2013, Restaurant Wallberg, Eichholzstrasse 1, Volketswil.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote
ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5 % Mehrwertsteuer

Redaktion:
Reinhard Wegelin (rw.), Christoph Bähler (ba.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch
SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
Tramstrasse 11, Postfach,
8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8 % Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Sommerreise
Freitag, 9. August 2013 bis Sonntag, 12. August 2013. Weitere Angaben folgen.

Einladung

zum

Frühlingsbeginn mit der SVP

Die Veranstaltung findet auf dem Betriebsareal (Treibhaus) der **Christian Achermann AG, Rumikerstrasse 37, 8409 Winterthur-Hegi** statt.
(Vis-à-vis Media Markt)

am Sonntag, 7. April 2013, 10.30 Uhr–16.00 Uhr

Jazzmatinée

Es spielen für Sie von 11.00 bis 15.00 Uhr

TOGG SEVEN JAZZBAND

Eintritt frei / Festwirtschaft

Es freuen sich
SVP Winterthur und SVP Bezirk
Christian Achermann
www.christianachermannag.ch